

Es informiert Sie  
Telefon (0202)  
Fax (0202)  
E-Mail  
Datum

Angelika Sauer  
563 66 28  
563 80 50  
Angelika.Sauer@stadt.wuppertal.de  
26.04.12

---

**Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen (SI/0509/12) am 25.04.2012**

Anwesend sind:

**Vorsitz**

Herr Michael Müller ,

**von der CDU-Fraktion**

Herr Dirk Kanschat , Herr Michael Schulte , Herr Bernhard Simon , Herr Rainer Spiecker ,  
Herr Michael Wessel ,

**von der SPD-Fraktion**

Herr Volker Dittgen , Herr Thomas Kring , Herr Frank Lindgren , Herr Wilfried Michaelis ,  
Herr Klaus Jürgen Reese ,

**von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Anja Liebert , Herr Klaus-Dieter Lüdemann , Herr Hans-Peter Vorsteher ,

**von der FDP-Fraktion**

Herr Alexander Schmidt ,

**von der Fraktion DIE LINKE**

Frau Elisabeth August ,

**von der WfW-Fraktion**

Herr Heribert Stenzel ,

**als sachkundige Einwohner/in**

Herr Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter , Herr Dipl. Ing. Jan Hartmann , Herr Jörg Liesendahl ,  
Herr Volker Neumann , Herr Heinz-Willi Riedesel-Küper , Herr Christian Terstegen ,

**Oberbürgermeister**

Herr Peter Jung ,

**von der Verwaltung**

Herr Dr. Johannes Slawig , Herr Frank Meyer , Herr Michael Walde , Herr Jochen Braun ,  
Herr Dr. Jörg Weidemann , Herr Rainer Widmann , Herr Rolf Kinder, Frau Petra Paßmann ,

**als Gäste**

Herr Bodo Middeldorf , Herr Carsten Zimmermann (BEA), Herr Lutz Eßrich (WTB),

**Schriftführerin**

Frau Angelika Sauer ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Vorsitzende Herr Stv. Müller die Herren Hartmann und Terstegen mit der vorgeschriebenen Vereidigungsformel als sachkundige Einwohner.

Zur Tagesordnung:

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Tischvorlagen zu den TOP 11.1, 12.2 und 13.2.

Frau Stv. Liebert bittet zu TOP 4 – Regionale-Drucksache - aufgrund weiteren Beratungsbedarfes ihrer Fraktion um Verschiebung der Beschlussfassung auf Hauptausschuss und Rat. Auf Vorschlag des Vorsitzenden findet die Diskussion der Vorlagen heute statt. Einverständnis.

Herr Stv. Schmidt bittet um Vertagung zu TOP 12 – Verkauf von Spielplatzgrundstücken - . Er kritisiert, dass die Antwort der Verwaltung erst als Tischvorlage erfolgt sei. Trotz des Einwurfes des Vorsitzenden, dass eine Beratung in der nächsten Sitzung dann nach Beschlussfassung über den Haushalt stattfindet und das Thema sowieso in den Bezirksvertretungen und im Jugendhilfeausschuss diskutiert werde, möchte er das Thema in diesem Ausschuss diskutieren.

---

## **I. Öffentlicher Teil**

---

### **1 Wuppertal - APP mdl. Bericht**

Herr Dr. Weidemann teilt mit, dass heute der Startschuss für die WuppertalApp gegeben werde. Die Android-Version sei im App-Store verfügbar, der Link werde kurzfristig auf der Homepage erscheinen. Die App könne nicht direkt von der homepage herunter geladen werden. Gegenüber der letzten Berichterstattung seien im Wesentlichen redaktionelle Veränderungen erfolgt und Bilder aktualisiert worden. Die Apple-Version werde in vier Wochen fertig gestellt, auf eine Windows-Version werde aufgrund der geringen Marktabdeckung ggf. verzichtet. Die vorhandenen Ressourcen könnten sinnvoller in eine Weiterentwicklung der übrigen Versionen fließen.

Herr Stv. Wessel dankt für die Umsetzung und begrüßt die innovative Lösung für die Stadt.

Herr Stv. Schulte betont die Notwendigkeit der regelmäßigen Aktualisierung.

Die Ausführungen von Herrn Dr. Weidemann werden dankend entgegen genommen.

---

### **2 Nordbahntrasse mdl. Bericht**

Herr Widmann gibt weitere Informationen über den Stand der Ausbau- und Planungsarbeiten - über die bereits beim heutigen Ortstermin getätigten Aussagen hinaus - analog der dem Protokoll beigefügten Präsentation. Er weist darauf hin, dass die NTB ein wichtiger Teil des Bergischen Trassenverbundes sowie des Wander- und Radwegenetzes zwischen Rhein, Ruhr und Sieg ist. Als Tischvorlage liegt ein Faltblatt über Fahrradtouren aus, das von der BEA zur Eröffnung der Balkantrasse erstellt wurde.

Herr Widmann berichtet erfreut, dass die ehemalige Bahntrasse zwischen Barmen und Elberfeld inzwischen fast komplett ausgebaut ist. Im Einzelnen führt er wie folgt aus:

Am Ottenbrucher Bahnhof werden zurzeit Leerrohre gelegt und die alten Entwässerungsrohre geprüft. Im Tunnel Dorp, mit einer Länge von 488 Meter der

längste Tunnel der Trasse, soll die Planungsphase noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Da von Oktober bis April wegen des Naturschutzes eine Bausperre besteht, können die Arbeiten im nächsten Frühjahr beginnen.

Der Abschnitt Ottenbrucher Bahnhof bis Schleswiger Straße ist weitestgehend fertiggestellt. Die letzte Feinasphaltschicht wird durchgehend aufgebracht, sobald die angrenzenden Tunnelarbeiten fertiggestellt sind und keine Baufahrzeuge mehr über diesen Streckenteil fahren.

Im Tunnel Dorrenberg finden zurzeit erste Tunnelarbeiten der Trasse statt. Nachdem vor wenigen Tagen die Sanierung begonnen hat, wird die beauftragte Firma zunächst Gerüste aufbauen und anschließend das verwitterte Gestein reinigen. Im Eingangsbereich des Tunnels wird eine acht Zentimeter dicke wasserundurchlässige Spritzbetonschicht aufgebracht. Das historische Gestein wird entgegen erster Planungen im mittleren Tunnelteil sichtbar bleiben.

Die Planung für den Tunnel Engelnberg wurde von der WTB zur Prüfung vorgelegt. Sobald die Freigabe erfolgt ist, können auch dort die Bauarbeiten beginnen.

Welche Firmen die Arbeiten am mit 360 Meter langen Tunnel Rott durchführen sollen, wird Ende 2012 entschieden. Wegen der im Winterhalbjahr erforderlichen „Fledermauspause“ können die Arbeiten am zweitlängsten innerstädtischen Trassentunnel jedoch erst in etwa einem Jahr beginnen.

Am 280 Meter langen und 30 Meter hohen Viadukt Steinweg gibt es keine Bauzeitbeschränkung. Nach Klärung eines kleinen Details zwischen Stadt und WTB kann der Baubeginn voraussichtlich noch in diesem Jahr erfolgen. Dies gilt auch für die einzige Stahlbrücke der Trasse, die die Sedanstraße überspannt sowie für die Brücke über die Westkotter Straße.

Nachdem bis Ende 2012 der rund fünf Kilometer lange Abschnitt Ottenbruch – Loh mit Ausnahme des Tunnels Engelnberg weitgehend fertiggestellt werden soll, sollen bis Ende 2013 zwölf Kilometer vom Tunnel Dorp bis zur Betonbrücke Kohlenstraße fertig werden.

Herr Widmann weist auch im Namen der Baufirmen ausdrücklich darauf hin, dass die NBT noch in vielen Bereichen eine Baustelle ist, die außerhalb der freigegebenen Streckenabschnitte nicht betreten werden darf. Er bittet, die entsprechenden Sperrschilder zu beachten um Unfälle zu vermeiden.

Herr OB Herr Jung spricht das Problem des bisher nicht erteilten Förderbescheides für den Außenbereich an. Da die Leistungen des zweiten Arbeitsmarktes vom Finanzministerium nicht als Eigenmittel anerkannt werden, fehlen der Stadt momentan 700.000 Euro an Eigenmitteln. Die Verwaltung arbeite intensiv daran, das Problem zu lösen.

Auf Frage von Frau Stv. August betont Herr Dr. Slawig, dass es sich bei diesem Problem nur um einen Einzelfall handle, der keinen Einfluss auf bereits bewilligte Maßnahmen habe. Die Haltung des Finanzministeriums widerspreche der bisherigen Bewilligungspraxis. Die Stadt führe nunmehr Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium.

Herr Stv. Schulte erklärt, seine Fraktion vertraue den Gesprächen auf Arbeitsebene. Zu seiner Frage zur evtl. Verwendung von Rostlack erklärt Herr Widmann, dass die Entscheidung zur Farbwahl im Herbst getroffen werde.

Zu Fragen von Herrn Stv. Simon erläutert Herr Widmann, zum Bereich

Weyerstraße/Am Diek sei die Detailplanung noch nicht fertig. Nach intensiven Gesprächen mit der Aurelis sei geplant, die Trasse in diesem Bereich zu verlassen und auf den Straßenrand zu verschwenken, ähnlich dem Bereich an der Gärtnerei Am Diek. An der Linderhauser Straße führe eine Firmenzufahrt durch den Trassendamm; hier werde die Trasse abgesenkt zu einer ebenerdigen Querung. Am Bracken sei durch den Abriss des Viadukts der Neubau einer Brücke notwendig, hier habe die WTB bereits einen Vorschlag zu einer Fertigteilbrücke vorgelegt, die Kosten seien in den Berechnungen enthalten.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Widmann für den ausführlichen Bericht sowie den durchgeführten Ortstermin.

---

### **3 Haushalt**

---

#### **3.1 Änderungsantrag zum Entwurf des Haushaltssanierungsplanes für die Jahre 2012 - 2021 Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 9.3.2012 Vorlage: VO/0146/12**

Herr Stv. Reese antwortet auf einen Einwurf von Frau Stv. August.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu entscheiden:

1. Die unter Nr. 3.1 des HSP „Reduzierung von Zuschüssen im Jugend- und Sozialbereich“ vorgeschlagene Kürzung um 300.000 Euro wird nicht umgesetzt.
2. Die unter Nr. 3.2 des HSP „Reduzierung von Zuschüssen im Kulturbereich“ vorgeschlagene Kürzung um 130.000 Euro wird auf 50.000 Euro reduziert. Die Verwaltung hat zu garantieren, dass mit den verbleibenden Haushaltsmitteln der Erhalt der bisherigen institutionellen Kulturförderung gesichert ist.
3. Die unter Nr. 3.4 des HSP „Reduzierung des städtischen Anteils an Investitions-Zuschüssen an Sportvereine“ vorgeschlagene Kürzung um 50.000 Euro wird umgesetzt, jedoch außerhalb des Haushaltes durch Drittmittel kompensiert.
4. Die unter Nr. 3.5 des HSP „Reduzierung des Zuschusses an das Sport- und Gesundheitszentrum“ vorgeschlagene Kürzung um 10.000 Euro wird nicht umgesetzt.
5. Die unter Nr. 4.2 des HSP „Kürzung Betriebskostenzuschuss an die Bühnen“ vorgeschlagene Kürzung wird umgesetzt, jedoch in Höhe von 1,2 Mio. Euro durch Drittmittel, insbesondere durch die Theaterfreunde der Wuppertaler Bühnen mit Unterstützung der Stadtsparkasse Wuppertal, kompensiert.
6. Die unter Nr. 8.4 des HSP „Ausweitung der Parkraumüberwachung“, vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen im Umfang von 950.000 Euro werden nicht umgesetzt.
7. Die Hundesteuer für gefährliche Hunde (sogenannte Kampfhunde) wird auf vierteljährlich 250,00 Euro angehoben.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Infrastrukturförderabgabe der Wuppertaler Hotelbetriebe mit Stichtag 01.01.2013 vorzubereiten und dem Rat die entsprechende Beschlussfassung vorzulegen. Die prognostizierten Mehreinnahmen

belaufen sich auf 1,35 Mio. Euro (einschl. zusätzlicher Personal- und Sachkosten).

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme (Die Linke) und Enthaltung von B90/DIE GRÜNEN; FDP und WFW.

---

**3.2      Änderungsantrag zum Entwurf des Haushaltssanierungsplanes für die Jahre 2012 - 2021**  
**Antrag der Fraktion B 90/DIE Grünen vom 20.03.12**  
**Vorlage: VO/0202/12**

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Der Antrag wird abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmenmehrheit bei 3 Gegenstimmen (B90/DIE GRÜNEN) und einer Enthaltung (FDP).

---

**3.3      Entwurf des Haushaltssanierungsplans 2012 - 2021**  
**Vorlage: VO/0100/12**

Herr Dr. Slawig beantwortet eine Frage von Frau Stv. August zum Demografie-Check.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu entscheiden:

Auf der Grundlage des § 6 Abs. 1 des Stärkungspaktgesetzes vom 8. Dezember 2011 wird der am 13. Februar 2012 in den Rat der Stadt eingebrachte Haushaltssanierungsplan 2012 – 2021 unter Berücksichtigung des Änderungsantrages von CDU und SPD (VO/0146/12) beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme (Die Linke) bei Enthaltung von B90/DIE GRÜNEN; FDP und WFW.

---

**3.4      Entwurf des Haushaltsplans 2012/2013**  
**Vorlage: VO/0097/12**

Herr Dr. Slawig, Herr Beig. Meyer und Herr Stv. Reese weisen die Kritik von Herr Stv. Schmidt zur Darstellung der Anzahl der Mitarbeiter zurück und erklären das Prozedere. Das bereits beschlossene Haushaltssicherungskonzept sei die Grundlage für den Personalabbau. Dieser werde in den Zielvereinbarungen konkretisiert und dem Ausschuss für Finanzen vorgelegt. Das Ergebnis der Vorgaben aus den Zielvereinbarungen und dem Personalentwicklungskonzept

werde im Reindruck des Haushaltsplans zusammen geführt.  
Darüber hinaus wird auf die Vorlage „Personalabbau im Rahmen des HSK 2010-2014 verwiesen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu entscheiden:

Der Haushaltsplan 2012 / 2013 wird unter Berücksichtigung der Entscheidungen zum Haushaltssanierungsplan 2012 – 2021 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme (Die Linke) und Enthaltung von B90/DIE GRÜNEN; FDP und WFW.

---

**3.5 Personalabbau im Rahmen des HSK 2010 - 2014**  
**Vorlage: VO/0268/12**

Auf Befürchtung von Frau Stv. August, dass weitere Einsparungen z.B. im Bereich von Ressort 105 zu Lasten der Gesundheit gehen könnten stellt Herr Beig. Meyer richtig, dass eine weitere Arbeitsverdichtung nicht Gegenstand der Zielvereinbarung sei. Die Erbringung von Leistungen sei nicht mehr in gewohntem Maße möglich.

Herr Dr. Slawig trägt vor, der Rat beschließe lt. Gemeindeordnung auf der Grundlage von Produktgruppen und Produktbereichsebenen. Die vorliegende Drucksache bewege sich auf Produkt- und Teilebene. In den Zielvereinbarungen, die dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben würden, würden Einzelmaßnahmen definiert.

Die Informationen der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegen genommen.

---

**4 Regionalplan**

---

**4.1 Neuaufstellung Regionalplan - Prozessdarstellung**  
**Vorlage: VO/0108/12**

Herr Walde gibt einige Erklärungen zur vorliegenden Drucksache. Es folgen Wortmeldungen der Herren Stv. Schmidt, Müller, Reese, Stenzel und Herrn Middeldorf. Die Bedarfsermittlung von Gewerbe- und Wohnbauflächen sei in Arbeit. Im Rahmen der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans werde an einem einheitlichen Maßstab gearbeitet.

Die Prozessdarstellung wird entgegen genommen.

---

**4.2 Regionales Gewerbeflächenkonzept**  
**Vorlage: VO/0089/12**

Herr Stv. Stenzel wird der Vorlage nicht zustimmen, da die Flächen Blombach-Süd und Kleine Höhe enthalten sind.

Herr Stv. Schmidt verweist auf die geringen Flächen.

Herr Beig, Meyer betont, es sei notwendig alle Reserven zu mobilisieren und in den nächsten Jahren in diesem Bereich verstärkt tätig zu werden. Aufgrund der

Topographie sei manche Entwicklung schwierig.

Herr Stv. Reese ergänzt, die Gewerbegebiete seien eher kleinteilig darstellbar. Herr Stv. Schulte spricht die notwendige Förderung von Gewerbegebieten unter fünf HA an, die lt. Herrn Middeldorf ein Anlass zur Erstellung des Reg. Gewerbeflächenkonzeptes sei. Hier gebe es positive Signale des Landes. Man arbeite darauf hin, ab 2014 eine Anpassung zu erreichen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Die Beschlussfassung wird an Hauptausschuss und Rat verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**4.3 Regionales Positionspapier Wohnen**  
**Vorlage: VO/0090/12**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Die Beschlussfassung wird an Hauptausschuss und Rat verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**4.4 Regionales Positionspapier Infrastruktur**  
**Vorlage: VO/0091/12**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Die Beschlussfassung wird an Hauptausschuss und Rat verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**4.5 Regionales Positionspapier Freizeitwirtschaft und Kulturlandschaft**  
**Vorlage: VO/0092/12**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Die Beschlussfassung wird an Hauptausschuss und Rat verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**4.6 Regionales Klimaschutzteilkonzept Erneuerbare Energien  
Vorlage: VO/0093/12**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Die Beschlussfassung wird an Hauptausschuss und Rat verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**4.7 Regionales Klimaschutzteilkonzept Anpassung an den Klimawandel  
Vorlage: VO/0094/12**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Zwischenbericht wird entgegen genommen.

---

**4.8 Kommunale Stellungnahme zum Arbeitsentwurf "Leitlinien  
Regionalplanfortschreibung" der Bezirksregierung Düsseldorf  
Vorlage: VO/0095/12**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Die Beschlussfassung wird an Hauptausschuss und Rat verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**5 Bebauungsplan Nr. 1145 - nördlich Buscherhofer Straße -  
Erweiterung des Geltungsbereiches, Offenlegungsbeschluss  
Vorlage: VO/0625/11**

Herr Braun erklärt auf Nachfrage von Herrn Stv. Lüdemann, dass sich die Verwaltung im Rahmen der Bebauungspläne jeweils mit der Problematik der Störfallbetriebe beschäftige.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

1. Der geplante Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1145 - nördlich Buscherhofer Straße - wird um die westlich gelegenen Grundstücke Berghauser Straße 11 und 13 sowie Buscherhofer Straße 1 - wie in Anlage 01 näher kenntlich gemacht - erweitert.



2. Die Offenlegung des Bebauungsplanes Nr. 1145 - nördlich Buscherhofer Straße - für den Geltungsbereich östlich der Buscherhofer Straße zwischen dem Grundstück Berghauser Straße 7 und der Buscherhofer Straße, im Norden bis an das Grundstück der freien evangelischen Kirche heranreichend und im Osten von einer Linie begrenzt, die zwischen dem Grundstück der freien evangelischen Kirchengemeinde und dem nördlichen Rand des Flurstücks Buscherhofer Straße Nr. 7 verläuft - wie in der Anlage 01 dargestellt -, wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

6

**Bebauungsplan Nr. 1147 - Konradswüste -  
Vereinfachte Änderung zum Satzungsbeschluss  
- Satzungsbeschluss -  
Vorlage: VO/0867/11**

Inhalt der Drucksache ist lt. Herrn Braun der Erhalt des Charakters der Siedlung.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom  
25.04.2012:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu entscheiden:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1147 umfasst die Siedlung Konradswüste mit den Straßenzügen Wüsterfeld, Am Hufeisen, Konradswüste bis zur Einmündung Wüsterfeld/Wüsterfelder Weg und Konradshöhe mit den Hausnummern 1 bis 43 wie in der Anlage 01 näher zeichnerisch dargestellt.
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange insgesamt zum dem Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung, wie diese in der Anlage 04 dargelegt sind, behandelt.
3. Die vereinfachte Änderung gem. § 13 BauGB zum Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 1147 wird beschlossen (Anlagen 06 und 07).
4. Der Bebauungsplan Nr. 1147 – Konradswüste – wird für den unter Punkt 1. genannten Geltungsbereich gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB ist als Anlage 03 beigefügt. Das Bebauungsplanverfahren wurde im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wurde abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**7 Bebauungsplan Nr. 1081 - Mittelstandspark VohRang**

**1. Änderung des Bebauungsplanes**

**- Satzungsbeschluss -**

**Vorlage: VO/0059/12**

Herr Stv. Müller lobt die zügige Bearbeitung des Bebauungsplans.

Herr Braun verneint die Frage von Herrn Stv. Lüdemann zur möglichen Ansiedlung von Störfallbetrieben

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu entscheiden:

1. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1081 – Mittelstandspark VohRang – betrifft einen Bereich nordöstlich der Straße Zur Linden, südlich der Bahnlinie und nördlich des DB Signalwerkes Wuppertal, wie in den Anlagen 1 und 2 durch rote Eintragungen kenntlich gemacht.
2. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1081 - Mittelstandspark VohRang – wird im Sinne des § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB ist beigefügt. Gem. § 13 Abs. 3 BauGB ist von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4, von dem Umweltbericht nach § 2a, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 abgesehen worden; § 4c (Monitoring) ist nicht anzuwenden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**8 Bebauungsplan Nr. 1166 - Wilhelmstraße / Rommelspütt -**

**- Anordnung einer Veränderungssperre -**

**Vorlage: VO/0240/12**

Der Vorsitzende verweist auf die nachfolgende Beratung der BV, darüber hinaus erfolgt die Beschlussfassung ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, die Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**9 Bebauungsplan Nr. 1177 - Schwarzbach / Hügelstraße -**

**Aufstellungsbeschluss**

**Vorlage: VO/0255/12**

Das von Herrn Stv. Lüdemann nachgefragte Spielhallenkonzept liegt seit heute vor und wird dem Ausschuss zur nächsten Sitzung vorgelegt.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1177 – Schwarzbach / Hügelstraße – erfasst einen Bereich zwischen der Straße Schwarzbach und der Hügelstraße von der Hausnummer Schwarzbach Nr. 130 bis Schwarzbach Nr. 118.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1177 – Schwarzbach / Hügelstraße – wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB für den unter 1. genannten Geltungsbereich beschlossen. Das Bebauungsplanverfahren wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB sowie der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen. Das Monitoring nach § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**10 Erhaltens- und Gestaltungssatzung Sedansberg I Bereich Wachtelstraße - Siedlung Pastorat- 1. Änderung**  
**Vorlage: VO/0387/10/1**

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu entscheiden:

Die 1. Änderungssatzung der Erhaltens- und Gestaltungssatzung, Sedansberg I - Bereich Wachtelstraße - Siedlung Pastorat - wird gem. Anlage 1 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit bei Enthaltung der WFW.

---

**11 Einführung von Elektrofahrzeug-Parkausweisen**  
**Antrag der FDP-Fraktion v. 01.12.11**  
**Vorlage: VO/1022/11**

Die Herren Stv. Lüdemann, Reese, Müller und Frau August sehen zurzeit aufgrund der zu erwartenden Probleme - fehlende einheitliche Kennzeichnung, keine Abgrenzung - keinen Sinn in der Einführung von Elektrofahrzeug-Parkausweisen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 25.04.2012:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Die Verwaltung wird gebeten, den Ausschuss zu informieren, sobald neue Informationen auf Bundesebene vorliegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**11.1 CO2-Bilanz von Elektrofahrzeugen im Vergleich zu abgasarmen Kraftfahrzeugen**  
**Vorlage: VO/0291/12**

Herr Kinder fasst den Inhalt der Drucksache zusammen. Der Vorteil der Elektrofahrzeuge sei abhängig von der Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen.

Die Ausführungen der Verwaltung werden entgegen genommen.

---

**12.1 Verkauf von Spielplatzgrundstücken**  
**Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.03.12**  
**Vorlage: VO/0217/12**

Die Beratung wird vertagt.

---

**12.2 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion zum Verkauf von Spielplatzgrundstücken**  
**Vorlage: VO/0217/12/1-A**

Die Beratung wird vertagt.

---

**13.1 EuGH-Urteil zu Störfallbetrieben**  
**Große Anfrage der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 11.04.12**  
**Vorlage: VO/0279/12**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

---

**13.2 Störfallbetriebe - Urteil des Europäischen Gerichtshofes**  
**- Antwort der Verwaltung -**  
**Vorlage: VO/0279/12/1-A**

Herr Braun geht auf den Inhalt der Drucksache ein. In Wuppertal gebe es 12 Betriebe, die jeweils einen Achtungsabstand haben, der den Eingriffsbereich der Stoffe aufzeige. Betrachtet werde nur der Stoff, nicht jedoch dessen Aggregatzustand.

Der Baugenehmigungsprozess sei durch das Urteil des VG Düsseldorf etwas entspannt, im Rahmen der Bauleitplanung seien vertiefte Kenntnisse über die Betriebe notwendig. Hierzu seien Gutachten notwendig. Zu klären sei, ob ein stadtweites, auf Stadtteilstücke beschränktes oder jeweils Einzelgutachten praktikabler und kostengünstiger seien. Die Betriebe seien zur Mitarbeit bereit, es gebe jedoch nur sehr wenige geeignete Gutachter, die Kenntnisse über Auswirkungen in der Fläche hätten.

Es folgt eine Diskussion mit Wortbeiträgen der Herren Stv. Lüdemann, Reese, Stenzel und Herrn Liesendahl. Angesprochen werden u.a. Störfallpläne der Betriebe

Herr Beig. Meyer begründet die Zurückhaltung der Verwaltung im öffentlichen

Teil. Die Bezirksregierung habe gebeten, sensibel mit Firmendaten umzugehen.

Die Ausführungen der Verwaltung werden entgegen genommen.

Stv. Michael Müller  
Vorsitzender

Angelika Sauer  
Schriftführerin